

Interpellation von Werner Baumgarten zur Protestaktion der Beschäftigten
des Alten- und Pflegeheims St. Josef in Eupener Stadtrat

„Lautstarker Protest gegen „Zwei-Klassen-Gesellschaft““*

(*Das Grenz-Echo berichtete am 2. März 2010)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Frau Schöffin,
Sehr geehrte Herren Schöffen,
Werte Kolleginnen und Kollegen,

Voller Erstaunen entnahmen wir dem Grenz Echo vom 2. März 2010, dass sich die Beschäftigten des Alten- und Pflegeheims St. Josef dazu veranlasst sahen lautstark auf Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten an ihrem Arbeitsplatz aufmerksam zu machen.

Aus dem Bericht wird der Hintergrund der Protestaktion deutlich. Nach dem sektoriellen Abkommen 2005/06, das im Dezember 2008 unterschrieben wurde, gibt es für Mitarbeiter in Senioreneinrichtungen eine so genannte Attraktivitätsprämie, die durch das Landesamt für Kranken- und Invalidenversicherung (Likiv/Inami) finanziert wird. Obwohl diese Prämie nicht zu Lasten des ÖSHZ geht, sei sie den Mitarbeitern des Josefsheims »unterschlagen« worden, kritisieren die Arbeitnehmervertreter. Gleiches gelte für die vorgesehene Erhöhung der Jahresendprämie. Acht so genannte ortsübliche Feiertage sollten den Mitarbeitern gestrichen werden, inzwischen sind es »nur« noch drei. Was die Mitarbeiter des Josefsheim besonders verärgert: Sowohl das städtische Personal als auch die Mitarbeiter in anderen Diensten des ÖSHZ (Verwaltung und Zentrum Mosaik) kommen sehr wohl in den Genuss dieser Vorteile. Nur den Mitarbeitern im Pflegeheim bleiben sie verwehrt. Die Personalvertreter stellen hervor, dass hier zwei verschiedene Kategorien von Personal geschaffen werden und da es sich um öffentliche Gelder handelt, die nicht zu Lasten des ÖSHZ gehen, den Angestellten zustehen.

Wie werte Kollegen ist es zu vertreten, dass auf dem Gebiet der Stadt Eupen, bei fast identischen Arbeitgebern auf so unterschiedliche Art und Weise Personal entlohnt wird. Es kann doch nicht sein, dass für die Beschäftigten des Alten- und Pflegeheims St. Josef andere Regeln angewandt werden, als für das städtische Personal oder den anderen Diensten des ÖSHZ. Hier muss unmittelbar Abhilfe geschaffen werden. Ich gehe davon aus, dass aus den Reihen der anderen Fraktionen wohl Gleiches zu hören sein wird. Meine Fraktion fordert die Verantwortlich der Stadt auf, unverzüglich zu handeln und rasch eine Lösung für alle Beschäftigten zu finden.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Baumgarten
Stadtverordneter

